

## Schreiben von Walter Hallstein über die Entwicklung der Personalfragen der EG (Alpbach, 30. Dezember 1957)

**Legende:** Am 30. Dezember 1957 richtet Walter Hallstein, Staatssekretär im Auswärtigen Amt, ein Schreiben an Bundeskanzler Konrad Adenauer, in dem er ihn über den Stand der Verhandlungen über die Personalfragen in den neuen Gemeinschaftsorganen informiert.

**Quelle:** Bundesarchiv, Koblenz, Potsdamer Str. 1 56064 Koblenz. <http://www.bundesarchiv.de>, Nachlass Walter Hallstein, BArch N 1266/1432.

**Urheberrecht:** Bundesarchiv Koblenz

**URL:**

[http://www.cvce.eu/obj/schreiben\\_von\\_walter\\_hallstein\\_uber\\_die\\_entwicklung\\_der\\_personalfragen\\_der\\_eg\\_alpbach\\_30\\_dezember\\_1957-de-98b56959-fe69-4c37-84e4-68501cc8e425.html](http://www.cvce.eu/obj/schreiben_von_walter_hallstein_uber_die_entwicklung_der_personalfragen_der_eg_alpbach_30_dezember_1957-de-98b56959-fe69-4c37-84e4-68501cc8e425.html)



**Publication date:** 05/11/2015

## Schreiben von Walter Hallstein über die Entwicklung der großen Personalfragen der europäischen Gemeinschaften (Alpbach in Tirol, 30. Dezember 1957)

Sehr verehrter Herr Bundeskanzler

Ihrem Wunsche entsprechend, über die Entwicklung der großen Personalfragen der europäischen Gemeinschaft auf dem Laufenden gehalten zu werden - besonders im Hinblick auf die deutschen Möglichkeiten -, darf ich Ihnen noch einmal zusammenstellen, wie die Lage war, als wir Paris verließen - und wie sie voraussichtlich auch noch am 6. Januar sein wird, wenn die Sitzung beginnt, in der die endgültigen Entscheidungen gefunden werden müssen.

1. Für die Präsidentschaft der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft sind holländische und italienische Kandidaturen angemeldet. Die Holländer wissen, dass sie mit Mansholt keine Chance haben: der Landwirtschaftsminister und Sozialist findet keinen allgemeinen Beifall. Einen Italiener will im Grunde keiner der anderen fünf; auch weiß man bei dem wie immer listenreichen und undurchsichtigen personalpolitischen Spiel der Italiener nicht, ob sie ihre Kandidatur mit der letzten Entschlossenheit verfolgen (nach Nachrichten aus Luxemburg gehen sie in Wahrheit auf Vizepräsidentschaften aus).

2. Es scheint, dass die deutsche Präsidentschaft der EWG akzeptiert wird von den Franzosen, den Belgiern, den Holländern (und den Luxemburgern).

a) Den Franzosen würde sie leichter fallen, wenn Strassburg Sitz würde. Wird es Brüssel, so finden sie die Kompensation, die sie sich wünschen, offenbar nicht allein in der gesicherten Kandidatur Armands für Euratom. Vielmehr ist sofort der Gedanke des Sitzes Paris wieder aufgetaucht; auf unseren energischen Einspruch scheint er allerdings wieder fallen gelassen zu sein. Wahrscheinlich wird man eine französische Vizepräsidentschaft fordern - eine naheliegende Lösung.

b) Die Belgier haben den Handelsminister Rey nicht präsentiert, einmal weil sie die Sitz-Kandidatur Brüssel nicht gefährden wollten, sodann aber auch, weil seine Stellung in dem Koalitionskabinett nicht übermäßig stark ist. Immerhin muss mit der Möglichkeit gerechnet werden, dass sie mit Rey hervortreten, wenn Brüssel scheitert – etwa an der Hartnäckigkeit Bechs, der nunmehr die Kandidatur Luxemburgs für alle Gemeinschaften angemeldet hat.

c) Die Holländer müssen einem Kabinettsbeschluss folgen und an Mansholt festhalten, wollen aber in der 23. Stunde nachgeben. Sie werden freilich - darin nicht allein - an der Spitze einer der Gemeinschaften einen Sozialisten fordern.

3. Damit ist ein Punkt berührt, der sich zu einer zentralen Schwierigkeit auswachsen kann. Die Regierungen, die Sozialisten enthalten, möchten, dass bei der Besetzung der Spitzen der drei Gemeinschaften möglichst die drei parteipolitischen Hauptrichtungen in Europa zur Geltung kommen: Christen, Sozialisten, Liberale. (Dem Ansinnen, dass wir deshalb Rosenberg für die Hohe Behörde der Kohle- und Stahlgemeinschaft vorschlagen, haben wir allerdings den Einwand der mangelnden Zuständigkeit entgegengehalten – nicht ohne prompt die Antwort zu bekommen: für die Präsentation eines christlichen Kandidaten für eine der Gemeinschaften hielten wir uns aber doch hoffentlich für zuständig!). Die Holländer haben, wie gesagt, jene Forderungen bezüglich eines Sozialisten schon erhoben; von den Franzosen verlautet, dass Guy Mollet denselben Standpunkt vertritt; von seiten der Belgier ist mit gleichen Erwägungen zu rechnen. Da nun Euratom in Gedanken bereits für den parteipolitischen nicht ausgeprägten Armand vergeben ist, bliebe nur übrig, zum Präsidenten der Hohen Behörde der Montangemeinschaft den Belgier Finay zu machen, der der Hohen Behörde schon als Gewerkschaftsrepräsentant angehört.

4. Ich resümiere: Die Fragen, in Bezug auf die eindeutige Instruktionen für die PARISER Verhandlungen vorliegen müssen, sind die folgenden.

a) Wollen wir einen deutschen Präsidenten der EWG? Ich glaube nicht, dass in der Sache jemand eine positive Antwort hierauf überraschend finden würde – sobald sie die Zustimmung der Franzosen hat. Noch

sind wir in keiner großen internationalen Organisation führend vertreten; nach mehr als 7 Jahren der Bewährung ist das doch wohl an der Zeit. Die Montangemeinschaft aber wird doch allgemein eher als eine vorbereitende Teilverwirklichung des allgemeinen Gemeinsamen Marktes empfunden in dem sie im Lauf der Jahre aufgehen wird. Die Aufgaben, die von der EWG in den nächsten 2 Jahren zu lösen sind (der Präsident wird für 2 Jahre gewählt), sind einem Deutschen auf den Leib geschrieben: die Verhandlung der Freihandelszone mit den Engländern (hier könnten wir die Früchte unserer bisherigen zwischen den Engländern und den Franzosen behutsam vermittelnde Linie ernten) und der Versuch, auf dem Währungsgebiet zu weiteren europäischen Lösungen zu kommen.

b) Wollen wir aber einen Deutschen an jener Stelle, so ist sicher, dass dieses Ergebnis durch ein rein passives Verhalten nicht zu erreichen ist. So richtig es ist, die Initiative anderen zu überlassen, so muss doch, sobald das Stichwort gefallen ist, ein echtes deutsches Interesse gezeigt werden. Außerdem muss aktiv daraufhin gearbeitet werden, die Schwierigkeiten, die dann noch bestehen, zu überwinden. Das heißt:

c) An Brüssel als Endlösung der Sitzfrage muss festgehalten werden, da die Belgier sonst zu eigenen Personalwünschen veranlasst würden.

d) Die Italiener müssen abgefunden werden. Wie - das ist noch nicht abzusehen. Bisher haben sie ziemlich kategorisch erklärt, dass sie sich mit dem Präsidenten der Investitionsbank nicht abspeisen lassen würden.

e) Ist Finay als Präsident der Hohen Behörde für uns tragbar? Er gilt als ein ruhiger Vertreter. Aber die Reaktion der Ruhr ist leicht auszumalen. Nicht zu übersehen ist freilich, dass die jetzige Wahl nur für ein gutes Jahr gilt (bis zum Februar 1959); dann muss neu gewählt werden. Was die Wahl des Präsidenten der Hohen Behörde erschwert, ist die Tatsache, dass er aus den vorhandenen Mitgliedern der Hohen Behörde genommen werden muss; denn nur je ein französisches und deutsches Mitglied sind ja zur Zeit infolge des Ausscheidens von René Mayer und Etzel neu zu bestellen. Unter den vorhandenen Mitgliedern sind aber keine überzeugenden Kandidaten für die Präsidentschaft. Der begabte Holländer Spierenburg, der den Ehrgeiz dafür hat, ist, obwohl persönlich nicht unbeliebt, wegen seiner betont händlerischen Allüren von keiner Seite propagiert, nicht einmal von holländischer bisher.

Das sind, sehr verehrter Herr Bundeskanzler, die Elemente der bevorstehenden Entscheidung. Ich habe mich bemüht, Sie so objektiv zu schildern wie menschenmöglich ist. Leider ist die Skizze länger geworden als ich Ihnen zumuten wollte; ich bitte Sie deshalb sehr um Nachsicht.

Mit verehrungsvollen Empfehlungen bin ich  
Ihr Ihnen sehr ergebener